

Beschluss des Sonder-Delegiertenrats des Kreisverbandes Köln von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 05. Mai 2018

Aufforderung zur Aufklärung der Vorgänge um die Umstrukturierung sowie Postenbesetzung im Kölner Stadtwerke-Konzern und zu personellen Konsequenzen in der GRÜNEN Fraktion im Kölner Rat – Für ein transparentes Verfahren zur Besetzung von Spitzenposten in kommunalen Gesellschaften

Wir als BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für eine offene und transparente Politik, die sich gerade in dieser Stadt entschieden gegen den „Kölschen Klüngel“ positioniert. Seit unserer Gründung treten wir Kölner GRÜNE gegen Filz, Klüngel und Korruption ein. Dies muss immer auch Maßstab für das eigene politische Handeln sein, in allen Gremien, in denen wir Verantwortung tragen. Die Absprachen und geplanten Verfahren zur Schaffung und Besetzung eines hauptamtlichen Geschäftsführers im Stadtwerkekonzerns, an der leider auch Mitglieder der GRÜNEN Ratsfraktion beteiligt waren, widersprechen unseren Vorstellungen an eine transparente Politik. Wir können und dürfen nicht die Prinzipien aufgeben, für die wir als GRÜNE in Köln und darüber hinaus stehen. Das ist aber geschehen im Fall des versuchten Umbaus des Stadtwerke (SWK)-Konzerns und der geplanten personellen Besetzung eines neuzuschaffenden hauptamtlichen Geschäftsführer*innenpostens mit dem Fraktionsvorsitzenden der SPD im Kölner Rat und Aufsichtsratsvorsitzenden im SWK-Konzern ohne ein nach-vollziehbares, transparentes Verfahren. Dieses Vorgehen stößt sowohl in der Öffentlichkeit als auch in unserem Kreisverband an vielen Stellen zu Recht auf völliges Unverständnis.

Wir begrüßen ausdrücklich die Intervention der Oberbürgermeisterin Henriette Reker, die als Mitglied des Aufsichtsrats des SWK-Konzerns zu spät über den Vorgang informiert wurde. Ihr verdanken wir die Verschiebung der Abstimmung und den Stopp des geplanten Vorgehens. Darüber hinaus begrüßen wir den nun verfolgten Ansatz einer unabhängigen, ergebnisoffenen externen Prüfung der Notwendigkeit der Erweiterung des geschäftsführenden Vorstands. Der Kreisverband der Kölner GRÜNEN fordert die Fraktion der Kölner GRÜNEN im Kölner Rat, diesen Ansatz bestmöglich zu unterstützen und seine Umsetzung kritisch zu begleiten.

Wir stehen für eine offene und transparente Politik, die Geschlechter- und Chancengleichheit ermöglicht. Bei der Besetzung von Spitzenposten in den kommunalen Gesellschaften müssen die städtische Transparenz-Richtlinie (Public Corporate Governance Kodex der Stadt Köln) strikt eingehalten werden. Wir fordern die GRÜNE Ratsfraktion auf sich für Sanktionen bei Nichtbefolgung der Regeln und für deren Verschärfung einzusetzen und sich zwingend bei allen zukünftigen Personalentscheidungen daran zu halten. Nicht Parteimitgliedschaft sondern Qualifikation muss das Hauptkriterium bei der Besetzung solcher Positionen sein. Es sind Verfahren zu wählen, die Entscheidungen transparent machen, bei den Bürger*innen Vertrauen schaffen sowie Geschlechter- und Chancengerechtigkeit garantieren. Von der jetzigen und allen zukünftigen GRÜNEN Ratsfraktionen, insbesondere aber auch von deren führenden Mandatsträger*innen und den Vertreter*innen in kommunalen Aufsichtsräten, erwarten wir eine besondere Sensibilität und ein abgestimmtes Handeln mit der Partei entsprechend ihrer Prinzipien.

Die Kölner GRÜNEN erwarten von der GRÜNEN Ratsfraktion und insbesondere den GRÜNEN Mitgliedern im ständigen Ausschuss des Aufsichtsrats des SWK-Konzerns eine sofortige und öffentliche Aufklärung der Vorgänge im ständigen Ausschuss des Aufsichtsrats des SWK-Konzerns und der damit verbundenen Beteiligung Grüner Mandatsträger*innen. Wir verlangen eine partei-öffentliche Fortsetzung der heute begonnenen Debatte und eine Beantwortung der noch offenen Fragen durch die Beteiligten auf Seiten der GRÜNEN Ratsfraktion. Der Kreisvorstand wird beauftragt, diese Debatte in geeignetem Rahmen fortzuführen und die Öffentlichkeit in geeigneter Form darüber zu informieren.

Wir kritisieren die ursprüngliche Positionierung der GRÜNEN Ratsfraktion in der Stadtwerke-Frage und fordern die GRÜNE Ratsfraktion auf, daraus klare Konsequenzen zu ziehen, die über das Eingestehen von Fehlern, Entschuldigungen und den inzwischen eingereichten Rückzug des Fraktionsgeschäftsführers Jörg Frank von seinem SWK-Aufsichtsratsmandat hinausgehen. Es ist entscheidend, dass wir als Gesamtpartei schnell und deutlich ein Signal an die Öffentlichkeit senden und glaubwürdig versichern können, dass ein derartiges Vorgehen zukünftig für uns ausgeschlossen ist. Dieses Signal setzen wir im Bewusstsein unserer Verantwortung in der Öffentlichkeit, vor unseren Wähler*innen und Mitgliedern und mit dem Ziel, weiteren Schaden von unserer Partei abzuwenden.

Wir müssen uns auf einen Neuanfang konzentrieren, der eine gute Grundlage schafft, bis zur Kommunalwahl 2020 unsere gute Grüne Politik fortzusetzen. Dieser Neuanfang kann glaubwürdig nur gelingen durch den Rückzug von Jörg Frank vom Posten des Fraktionsgeschäftsführers. Wir fordern deshalb die GRÜNE Ratsfraktion auf, diesen Personalwechsel schnellstmöglich einzuleiten und bis spätestens zum Ende der Sommerpause 2018 des Kölner Rates vollzogen zu haben. Zur anstehenden Kommunalwahl 2020 erwarten wir eine selbstkritischere Ratsfraktion durch eine strukturelle und personelle Erneuerung. Zusätzlich fordern wir die gesamte Fraktionsspitze zu einem Rückzug aus dem SWK-Aufsichtsrat auf. Hinsichtlich der Besetzung aller Aufsichtsgremien (inklusive der Untergremien) von städtischen Beteiligungen erwarten wir eine schnelle und vollständige Offenlegung gegenüber der Partei und eine gemeinsame kritische Prüfung der Verteilung der Entsendungen von Grünen Ratsmitgliedern durch Fraktion und Kreisvorstand. Wir fordern den Kreisvorstand auf, die notwendige Neustrukturierung der Zusammenarbeit innerhalb der Fraktion und zwischen Fraktion und Partei zu unterstützen und zu begleiten.